

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

09.03.2023

Drucksache 18/27884

Antrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Paul Knoblach, Maximilian Deisenhofer, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Gisela Sengl, Hans Urban, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht zur langfristigen Sicherheit der bayerischen Atommülllager

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Erhöhung der Sicherheit der atomaren Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente an den Standorten Grafenrheinfeld, Gundremmingen und Isar zu berichten.

In dem Bericht ist insbesondere auf die Aktivitäten des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz als Aufsichtsbehörde über die atomaren Zwischenlager einzugehen und dabei zu folgende Themen Stellung zu nehmen:

- Welche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der drei Castorlager wurden von der Aufsichtsbehörde in dieser Legislaturperiode verlangt?
- Welche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der drei Castorlager wurden vonseiten der Betreiber eigenständig in dieser Legislaturperiode vorgenommen?
- Sieht die bayerische Aufsichtsbehörde Veränderungen in der Gefährdungslage bei den Zwischenlagern, insbesondere durch eine weitere Entwicklung im Bereich von panzerbrechenden Waffen, durch den Flugverkehr, durch internationale Spannungen, durch Alterungserscheinungen in der Anlage und durch organisatorische oder administrative Mängel?
- Welche weiteren Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an den drei Standorten erwägt die Staatsregierung?
- Welche Konsequenzen zieht die bayerische Atomaufsichtsbehörde aus der absehbaren Entwicklung, dass sich der Beginn der Endlagerung weiter verzögern wird und damit die ursprüngliche Planung der Räumung der drei bayerischen Castorlager in den 40er Jahren unrealistisch wird?

Begründung:

Die Entsorgung der radioaktiven Hinterlassenschaft der deutschen Atomwirtschaft ist ein größeres Problem als bisher gedacht. Aktuellen Berichten zufolge wird die Einlagerung der abgebrannten Brennelemente in ein Endlager deutlich später erfolgen als geplant. Es ist damit zu rechnen, dass die Einlagerung erst beginnen kann, wenn die Genehmigungen für die Lagerhallen ausgelaufen sind und die aktuell gültigen Sicherheitsnachweise für die Castorbehälter längst abgelaufen sind.

Dies gilt auch für die drei bayerischen Castorlager in Grafenrheinfeld, Gundremmingen und Essenbach/Isar.

Gleichzeitig verändert sich die Gefahrenlage von Jahr zu Jahr, in verschiedenster Hinsicht: von Alterungserscheinungen der Behälter bis hin zu zunehmendem internationalen Terrorismus.

Die Situation an den drei bayerischen Castorstandorten muss kontinuierlich verbessert werden. Der Bericht soll Aufschluss geben, was in der jüngsten Vergangenheit unternommen wurde, um eine Grundlage zu haben, wie die Sicherheit in den nächsten Jahren weiter erhöht werden kann.